



Information gemäß Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Sie erhalten diese Information, da das Regierungspräsidium Kassel personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet.

1. Verantwortlichkeit

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist das

Regierungspräsidium Kassel
Am Alten Stadtschloss 1
34117 Kassel
Telefon: +49 561 106 0
Telefax: +49 611 32764 1611
Email: poststelle@rpks.hessen.de

2. Die oder der Datenschutzbeauftragte

Die oder den Datenschutzbeauftragte/n des Regierungspräsidiums Kassel erreichen Sie unter den vorgenannten Kontaktdaten, sowie mit E-Mail: dsb@rpks.hessen.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zur Erfüllung des mit Ihnen geschlossenen Vertrages (Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO).

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Grundsätzlich werden Ihre personenbezogenen Daten nur durch das Regierungspräsidium Kassel verarbeitet.

Soweit dies zur Bearbeitung der mit dem Vertrag in Verbindung stehenden Verfahren (wasserrechtliche Zulassungs- und Überwachungsverfahren), Vorhaben oder Maßnahmen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten offengelegt gegenüber

- Behörden, deren Aufgabenbereiche durch das Vorhaben berührt werden,
- zur Wasserversorgung oder zur Gewässerunterhaltung Verpflichteten oder Trägern von Gewässerausbaumaßnahmen (§ 88 Abs. 3 WHG)
- Gemeinden, in denen sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird,
- den betroffenen Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie den Trägern öffentlicher Belange (§ 13 Abs. 1 S. 1 HWG – bei Verfahren zum Erlass einer Rechtsverordnung über die Festsetzung von Wasserschutzgebieten)
- Beteiligten nach § 13 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG),
- sonstigen natürlichen oder juristischen Personen oder Einrichtungen, die im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung Einsicht in die Unterlagen nehmen,
- natürlichen oder juristischen Personen oder Einrichtungen, die im Rahmen des Hessischen Umweltinformationsgesetzes (HUIG) Umweltinformationen anfordern (Akteneinsicht, Kopien (auch digital) usw.),



- den Bevollmächtigten und Beiständen der vorgenannten Gruppen gem. § 14 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) und
- der zuständigen Verwaltungs- bzw. ordentlichen Gerichtsbarkeit, den Beteiligten und Beigeladenen (gem. § 65 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)) sowie deren Verfahrensbevollmächtigten (nur im Falle eines sich anschließenden gerichtlichen Streitverfahrens).

5. Speicherdauer und –fristen

Zur Bestimmung des Zeitpunkts der Datenlöschung beachtet das Regierungspräsidium Kassel die Aufbewahrungsfristen, die im Erlass zur Aktenführung in den Dienststellen des Landes Hessen festgelegt sind bzw. die sich aus rechtlichen Vorgaben ergeben. Sämtliche Fristen beginnen mit Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung Ihrer Angelegenheit abgeschlossen ist.

6. Ihre Rechte

Nach Art. 15 DS-GVO können Sie von dem Verantwortlichen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Auskunft verlangen. Nach Art. 16 DS-GVO haben Sie das Recht auf Berichtigung. Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DS-GVO haben Sie das Recht, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Ein Recht auf Löschung kommt allerdings nicht in Betracht, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist bzw. zur Wahrnehmung einer Aufgabe dient, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, Art. 17 Abs. 3 lit. b) DS-GVO. Art. 18 Abs. 1 DS-GVO gewährt unter den dort aufgeführten Voraussetzungen ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung.

Das Recht auf Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO besteht nach § 35 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes nicht, soweit eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verpflichtet.

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt, haben Sie das Recht auf Beschwerde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO bei der Aufsichtsbehörde, dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden. Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass datenschutzrechtliche Vorschriften bei der Verarbeitung Ihrer Daten nicht beachtet worden sind.

7. Verpflichtung zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist zum Abschluss des Vertrages erforderlich. Die Nichtbereitstellung kann für Sie Nachteile haben (kein Vertragsschluss möglich; u. a.).